

Europas Jugend braucht ein Recht auf Mobilität

Wer als Schüler, Auszubildender, Student oder Berufsanfänger in der Europäischen Union mobil sein will, muss immer noch zahlreiche Hürden überwinden. Angesichts der in einigen EU-Staaten immens hohen Jugendarbeitslosigkeit müssen diese rasch eingerissen werden, damit die betroffene Generation noch die Chancen erhält, die sie verdient. Als starke Nachbarn müssen Deutschland und Frankreich dabei die treibenden Kräfte sein.

Dem im vergangenen Jahr gegebenen Versprechen der EU-Staats- und -Regierungschefs, jedem arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren künftig binnen vier Monaten ein Angebot für einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsplatz zu unterbreiten, müssen schnell Taten folgen. Es geht darum, die Zusagen mit Leben zu erfüllen und konkrete Schritte zum Abbau von Hindernissen zu gehen.

Für die Jugendgarantie sind im EU-Haushalt 6 Milliarden Euro bis zum Jahr 2020 veranschlagt. Zusätzlich wurden Erasmus+, das neue EU-Programm für Bildung, Jugend und Sport, sowie eine europäische Ausbildungsallianz gestartet. Deutschland will zudem mit der Aktion „Job of my Life“ junge Arbeitslose aus anderen EU-Staaten anwerben, um den Fachkräftemangel zu bekämpfen. Mit 140 Millionen Euro sollen unter anderem Sprachkurse finanziert werden.

Die Initiativen sind begrüßenswert, doch lange nicht ausreichend. Das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) fordert daher, das EU-Grundrecht auf Freizügigkeit durch ein Recht auf Mobilität für alle jungen Menschen in Ausbildung oder am Berufsbeginn

fassbarer zu machen und dem bestehenden Recht auf Bildung an die Seite zu stellen. Die Nationalstaaten müssen so verpflichtet werden, Hürden abzubauen, um den Jugendlichen freie Bahn zu geben.



Béatrice Angrand ist Generalsekretärin des Deutsch-Französischen Jugendwerks.

Für Praktikanten schufen Deutschland und Frankreich im zurückliegenden Jahr einen gemeinsamen rechtlichen Status, den das Jugendwerk vorbereiten half und heute in seinem Austauschprogramm Praxes nutzt. Das erleichtert die berufliche Mobilität. Es verspricht zudem, junge Menschen im Anschluss an die Praktika in eine Anstellung zu bringen. Eine solche Initiative sollte auf die gesamte EU ausgeweitet werden.

Es liegt an den Regierungen, aber auch an der Wirtschaft, sich mit dem Angebot solcher Möglichkeiten den Herausforderungen der Jugendarbeitslosigkeit zu stellen. Ein gutes Beispiel gibt der deutsch-französische Luft- und

Raumfahrtkonzern EADS, der seit Januar je 50 Praktikanten in beiden Ländern beschäftigt – mit Perspektive auf anschließende Anstellung. Das Jugendwerk und seine Partner schlagen die jungen Menschen vor und begleiten



Markus Ingenlath ist Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerks.

Fotos Laurence Chaperon

sie bei der interkulturellen Lernerfahrung.

Die Anerkennung von Schul- und Ausbildungsabschlüssen sollte zwischen den EU-Mitgliedsländern ebenfalls selbstverständlich werden. Darüber hinaus müssen in den nationalen Bildungssystemen mehr Anreize gesetzt werden, über das obligatorische Englisch hinaus auch weitere europäische Sprachen zu lernen. Allzu oft werden Auslandsaufenthalte eher als vermeidbare Unterbrechungen der Schullaufbahn denn als wichtiger Bestandteil der Ausbildung gesehen.

Das Mobilitätsrecht darf schließlich nicht nur jungen Menschen in Ausbildung oder Praktikanten vorbehalten blei-

ben. Gerade für Berufseinsteiger ist es häufig hochkompliziert, sich in einem EU-Mitgliedstaat selbständig zu machen. Wenn aber Unternehmensgründungen eine Antwort auf die Beschäftigungskrise sein sollen, muss der Karrierestart im EU-Ausland signifikant vereinfacht werden. Auch hier helfen keine Sonntagsreden, sondern nur ein entschlossener Abbau von Hindernissen.

Die größte Herausforderung im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit bleibt, sozial benachteiligte junge Menschen zu erreichen. Sie erwägen den Schritt ins EU-Ausland häufig schon deshalb nicht, weil Sozialleistungsansprüche wegfallen. Hier müssen im Ausland erworbene Kompetenzen anerkannt werden. Den Anreiz, sich etwa auf eine neue Sprache einzustellen, erhalten sie durch die Mobilitätserfahrungen von selbst – viele Beispiele aus acht Millionen jungen Menschen in 50 Jahren zeigen dies.

Mobilitätserfahrung außerhalb des eigenen Landes als fester Bestandteil der Ausbildung war zu Zeiten der fahrenden Gesellen einst selbstverständlich in Europa. Heute gilt es, die Chancen dieser Mobilitätserfahrung neu zu beleben. Sie ist ein Schlüssel bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Die EU kann und muss jungen Menschen eine Perspektive geben, wenn sie das große Projekt der Einigung unseres Kontinents in Frieden und Freiheit weiter überzeugend vermitteln will.

Das **DFJW** ist eine internationale Organisation im Dienst der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Seit 1963 ermöglichte es acht Millionen jungen Deutschen und Franzosen die Teilnahme an rund 300 000 Austauschprogrammen.